

Das Vienna International Centre hält Schritt mit wachsenden globalen Herausforderungen



2004 begeht das Vienna International Centre sein 25-jähriges Jubiläum. Während der vergangenen 25 Jahre erfreuten sich die Vereinten Nationen in Wien ausgezeichneter Beziehungen mit dem Gastland Österreich und der Wiener Bevölkerung. Wichtige politische Ereignisse im letzten Vierteljahrhundert wie der Liberalisierungsprozess in Ost- und Mitteleuropa haben die Rolle Wien's als internationale Stadt und Tagungsort aufgewertet. Die jüngste Erweiterung der Europäischen Union im Mai stärkte zusätzlich Wiens geografische Lage im Herzen Europas und erhöht die Bedeutung des Vienna International Centre als dritten Hauptsitz der Vereinten Nationen als ein Forum internationaler Zusammenarbeit.

Die Vereinten Nationen in Wien hielten Schritt mit wechselnden globalen Herausforderungen. 1997 ernannte UNO-Generalsekretär Kofi Annan Wien als das Zentrum der Vereinten Nationen im Kampf gegen die „unzivilisierte Gesellschaft“ – jene Elemente, die sich die Errungenschaften der Globalisierung zu Nutze machen und Menschenhandel, illegale Drogengeschäfte und Geldwäsche betreiben sowie Terrorakte organisieren. Zudem sind als Kehrseite der Globalisierung neben den traditionellen neue und differenziertere Formen globaler Bedrohungen entstanden. Neue Formen des Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind ebensolche Übel wie anhaltende extreme Armut, krasse soziale Unterschiede zwischen den Staaten und innerhalb von Gesellschaften, die Ausbreitung ansteckender Krankheiten, Klimawechsel und die Zerstörung der Umwelt.

Über die Jahre hat sich das VIC weiterentwickelt, alten und neuen Herausforderungen gestellt und sich den Zeichen der Zeit angepasst. Neue Organisationen sind hinzugekommen und die bereits etablierten wurden reformiert. Drogenmissbrauch, Kriminalität und Terrorismus werden nun gleichzeitig vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) in Angriff genommen. Nach der Eskalation von weltweitem Terror und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen hat sich Wien zum Zentrum für nukleare Abrüstung etabliert. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) spielt dabei ebenso eine entscheidende Rolle wie die Vorbereitende Kommission für die Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO), die 1997 geschaffen wurde. Das Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA), das 1996 von New York nach Wien übersiedelte, arbeitet für die friedliche Nutzung des Weltraums. 2003 wurde eine Abteilung des Büros für interne Aufsichtsdienste (OIOS) von New York an die Donau verlegt. Die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) und die Abteilung Internationales Handelsrecht sowie ihre Kommission (UNCITRAL) widmen sich der Entwicklung und dem internationalen Handel, während das Österreich-Büro von UNHCR sich für die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden einsetzt.

Ich bin überzeugt, dass das Vienna International Centre seinen dynamischen Charakter bewahren und weiterhin Schnittstelle für internationale Zusammenarbeit und Verständigung sein wird, und der weltweiten Verantwortung der Vereinten Nationen für die Wahrung von Frieden und Sicherheit sowie der Förderung von Wirtschaft und sozialem Fortschritt dienen wird. Vom Herzen Europas aus agierend haben wir die Möglichkeit, die europäische Erweiterung mit den Visionen der Vereinten Nationen zu vereinen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Antonio Maria Costa'.

Antonio Maria Costa
Generaldirektor
Büro der Vereinten Nationen in Wien



25 years [Vienna International Centre](#)



Das Vienna International Centre

MEHR ALS 4.000 ANGESTELLTE AUS ÜBER 100 LÄNDERN ARBEITEN IN WIEN FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN

Die Vereinten Nationen kamen bereits vor fast 50 Jahren nach Wien. Die erste Organisation war die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), die sich 1957 nach ihrer Gründung im ehemaligen Grand Hotel am Ring bei der Oper ansiedelte. Zehn Jahre später folgte die 1966 neu geschaffene Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) und bezog 1967 das Felderhaus beim Rathaus und einige Gebäude in der Nähe. Als das Vienna International Centre 1979 eröffnet wurde, kamen einige andere UN-Einheiten an die Donau. Wien wurde, neben New York, Genf und Nairobi, einer der vier Hauptsitze der Vereinten Nationen.

Bereits 1966 bot die österreichische Bundesregierung den Vereinten Nationen an, in Wien einen Gebäudekomplex zu errichten, der als Sitz für die IAEO und die UNIDO dienen sollte. Ein Jahr später beschlossen die Republik Österreich und die Stadt Wien, das Gelände am linken Donauufer dafür bereitzustellen. Als entschieden wurde, dass Wien ein neuer Hauptsitz der Vereinten Nationen werden sollte, wurde ein internationaler Architektenwettbewerb ausgeschrieben, an dem 656 Architekten aus 50 verschiedenen Ländern teilnahmen und ihre Projekte einsandten. Vier Projekte blieben in der engeren Wahl und in Übereinstimmung mit der IAEO und der UNIDO wurde jenes vom Österreicher DI Johann Staber ausgewählt. Im Frühjahr 1973 wurde mit dem Bau begonnen.

Die einzelnen Gebäude wurden als Büro-, Konferenz- und Serviceeinrichtungen geplant. Die Baukosten von 8 Mrd. Schilling (ca. 580 Mill. Euro) wurden vom Bund (65 Prozent) und der Stadt Wien (35 Prozent) geteilt.

Am 23. August 1979 wurde das Vienna International Centre – so sein offizieller Name – an die Vereinten Nationen und die Internationale Atomenergie-Organisation übergeben. Allgemein bekannt als „UNO-City“, wurde das Gebäude für einen symbolischen Mietzins von 1 Schilling (7 Cent) pro Jahr für 99 Jahre an die Organisationen vermietet.

Heute sind im Vienna International Centre folgende Organisationen untergebracht: das Büro der Vereinten Nationen in Wien (UNOV), das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), und die Vorbereitende Kommission für die Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO PrepCom).

Andere UN-Organisationen und Einheiten mit Büros in Wien sind die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL), die Postverwaltung der Vereinten Nationen (UNPA), das Büro der Vereinten Nationen für interne Aufsichtsdienste (OIOS), der Hochkommissar der

Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), der Wissenschaftliche Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen radioaktiver Strahlung (UNSCEAR), das Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS) und die Internationale Kommission zum Schutz der Donau (ICPDR), die Umweltschutzprojekte der Donaustaaten koordiniert.

Das Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten (CSDHA), das 1979 nach Wien kam, wurde 1993 aufgelöst und die einzelnen Abteilungen in anderen Büros und Organisationen in Wien und New York eingegliedert. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) wurde 1995 in den Gaza rückübersiedelt.

Mehr als 4.000 Angestellte aus über hundert Ländern arbeiten für die internationalen Organisationen im VIC. Zahlreiche internationale Konferenzen und Tagungen finden jährlich hier statt. Großkonferenzen werden im benachbarten Austria Center abgehalten.

Auch 25 Jahre nach seiner Eröffnung spielt das Vienna International Centre bei den Vereinten Nationen eine wichtige Rolle und bringt viele Vorteile für das Gastland Österreich.



25 years Vienna International Centre



Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) Wien

„STIMME“ DER UNO UND PROMOTER DER WIENER BÜROS

Die Hauptaufgabe des Informationsdienstes der Vereinten Nationen (UNIS) ist seine Funktion als UNO-Informationszentrum (UNIC) für Österreich, Ungarn, Slowakei und Slowenien. UNIS unterstützt auch den Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Wien (UNOV), das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und andere UN-Büros in Wien in Medien- und Informationsangelegenheiten. UNIS organisiert Pressekonferenzen, betreut Medien bei Radio-, Fernseh- und Fotoberichterstattungen über die Aktivitäten und Tagungen der einzelnen UN-Einheiten sowie über UNO-Konferenzen und Veranstaltungen in Wien. UNIS hält enge Kontakte mit Medienvertretern, Regierungsmitgliedern, Bildungseinrichtungen und nichtstaatlichen Organisationen (NGOs). Der Besucherdienst, der Führungen und Vorträge im Vienna International Centre organisiert, ist Teil von UNIS. (siehe separate Information).

DOPPELFUNKTION: UNIS UND UNIC

Die Rolle eines Informationszentrums der Vereinten Nationen (UNIC) als „Stimme vor Ort“ der Hauptabteilung für Presse und Information ist, das Verständnis für die Aufgaben und Ziele der Vereinten Nationen rund um die Welt zu fördern. In diesem Sinn arbeitet UNIS Wien für Österreich, Ungarn, die Slowakei und Slowenien. Die zuständigen Referenten für die vier Länder durchforsten täglich deren Medien und erstellen Presseberichte über die Arbeit der Vereinten Nationen. Um über die Tätigkeiten der Organisationen und über deren Tagungen und Konferenzen zu berichten, werden Presseaussendungen, Broschüren, Faltblätter, Poster, sowie Ton- und Videomaterial produziert und an Medienvertreter, Regierungen, akademische Einrichtungen und nichtstaatliche Organisationen (NGOs) versandt. UNIS-Mitarbeiter halten für Interessenten Vorträge über die Arbeit der Vereinten Nationen und veröffentlichen Leitartikel und Meinungen zum Tag des UNO-Generalsekretärs und anderer hoher UNO-Beamter zu bestimmten Themen in den lokalen Zeitungen.

UNIS unterstützt die in Wien ansässigen Programme der Vereinten Nationen durch ihre Informations-tätigkeit, um deren Aktivitäten einem weltweiten Publikum zu vermitteln. Sein Mandat erhält UNIS von der Hauptabteilung für Presse und Information (DPI), dessen Aufgabe es ist, die Aktivitäten und Belange der Organisation so weit wie möglich zu verbreiten und einem großen Publikum zugänglich zu machen. Zusätzlich zu den bereits erwähnten Aufgaben organisiert UNIS auch Pressekonferenzen zu speziellen Themen oder der Veröffentlichung wichtiger Berichte, Expertisen oder Analysen der Wiener UN-Organisationen. UNIS organisiert auch Veranstaltungen und Informationskampagnen wie Studenten-, Lehrer- und Medien-Foren. Die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern wie Medien, Ministerien, nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), akademischen Institutionen, lokalen Behörden und der Wirtschaft ist für die Umsetzung und Durchführung all dieser Aktivitäten unabdingbar.

PRIORITÄTEN

Die in der Millenniums-Deklaration festgelegten acht Millenniums-Entwicklungs-Ziele sollen helfen, bis 2015 die Lebensbedingungen aller Menschen zu verbessern. Ihre Ziele sind die Ausrottung von Armut und Hunger, die Alphabetisierung, das Ende der Diskriminierung von Frauen, die Reduzierung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Gesundheit von Müttern, der Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten, eine nachhaltige Entwicklung und die Schaffung einer globalen Partnerschaft für Entwicklung. Unter diesen Zielen gibt es gewisse Themen, die jedes Jahr besonders hervor gehoben werden, wie etwa die Ausrottung der Armut, nachhaltige Entwicklung und der Kampf gegen Terrorismus. Für eine globale Bewusstseinsbildung und die Hervorhebung bestimmter Themen rufen die Vereinten Nationen Gedenktage, -veranstaltungen, spezielle Tage, Wochen, Jahre und Dekaden aus. 2004 z.B. begehen die Vereinten Nationen das Internationale Jahr zum Gedenken an den Kampf gegen die Sklaverei und ihre Abschaffung und das Internationale Reis-Jahr.

Nachdem UNIS auch für die Wiener UNO-Büros Informationsarbeit durchführt, liegen die Prioritäten hier auf dem Gebiet der Drogenkontrolle, Verbrechenverhütung, der friedlichen Nutzung des Weltraums und der Harmonisierung des internationalen Handelsrechts. Als Informationszentrum legt UNIS große Bedeutung auf Themen, die für das Zielpublikum in den vier betreuten Ländern von besonderem Interesse und Relevanz sind. Da drei der vier Länder ihre Aufmerksamkeit eher auf Nato und EU-bezogene Themen legen, versucht UNIS, den globalen Charakter der Vereinten Nationen als multi-nationale Organisation zu fördern.



United Nations Information Service
Vienna International Centre
Postfach 500, A 1400 Wien
Tel: +(43) (1) 26060-4666, Fax: +(43) (1) 26060-5899
E-mail: unis@unvienna.org, <http://www.unis.unvienna.org>



25 years [Vienna International Centre](#)



UNITED NATIONS
Office on Drugs and Crime

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

IM KAMPF GEGEN DROGEN, VERBRECHEN UND TERRORISMUS

Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) ist damit beauftragt, Mitgliedstaaten in der Prävention von illegalen Drogen, Verbrechen und Terrorismus zu unterstützen. In der Millenniums-Deklaration haben sich Mitgliedstaaten auch dazu entschieden, ihre Bemühungen, transnationales Verbrechen in allen seinen Dimensionen zu bekämpfen, zu verstärken, sowie die Bemühungen zu verdoppeln, ihre Verpflichtung in Kraft treten zu lassen, um dem weltweiten Drogenproblem entgegenzutreten und gemeinsame Vorgehensweisen gegen den internationalen Terrorismus zu setzen.

UNODC verfügt über Landes- und Regionalbüros an 21 Standorten auf der ganzen Welt, die mehr als 150 Länder betreuen.

Die drei Eckpfeiler des UNODC-Arbeitsprogrammes sind:

- Forschungs- und analytische Arbeit, um das Wissen und Verstehen von Drogen- und Verbrechenverhalten zu erhöhen, und die Grundlagenbasis für taktische und operationelle Entscheidungen zu erweitern;
- Normative Arbeit um Mitgliedstaaten in der Ratifikation und der Umsetzung der internationalen Abkommen zu unterstützen, der Entwicklung von nationaler Gesetzgebung gegen Drogen, Verbrechen und Terrorismus, und die Zurverfügungstellung von Sekretariats- und fachlichen Diensten an die vertragsgebundenen und leitenden Körperschaften; und
- Aussendienstbezogene technische Zusammenarbeitsprojekte, um die Kapazität der Mitgliedstaaten zu verstärken, um illegale Drogen, Verbrechen und Terrorismus zu bekämpfen.

UNODC tritt für ein ausgewogenes Vorgehen in der Drogenkontrolle ein, das sowohl präventive Aufklärung und die Behandlung der Drogenabhängigen, als auch Maßnahmen zur Verringerung der Produktion und des illegalen Handels einschließt. Das Büro macht auf die Auswirkungen staatlicher Politik aufmerksam und legt den Regierungen nahe, sich bei der Festlegung ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik mit den tieferen Ursachen des Drogenmissbrauchs auseinander zu setzen. UNODC arbeitet um die Verbreitung von HIV/AIDS durch Drogenprävention zu stoppen und Behandlungsmöglichkeiten und soziale Reintegration für injizierende Drogenkonsumenten zu schaffen.

Das weltweite Programm von UNODC für die globale Bewertung des Drogenmissbrauchs liefert genaue Statistiken auf dem letzten Stand über den weltweiten illegalen Drogenkonsum, die für die Entwicklung der wirksamsten Präventionsstrategien unerlässlich sind. Über das Globale Jugendnetzwerk sollen sich Jugendliche verstärkt in der internationalen Gemeinschaft engagieren und mithelfen, Präventionskonzepte und -programme zu entwickeln.

UNODC unterstützt Strafverfolgungsbehörden, indem es in direkter Zusammenarbeit mit den Regierungen dafür sorgt, dass das Verbot illegaler Drogen wirksamer durchgesetzt und Händlerringe erfolgreich ausgeforscht, zerschlagen und strafrechtlich verfolgt werden können. Dazu werden technische

Experten bereitgestellt, moderne Schulungskurse in den geeignetsten Methoden durchgeführt und technische Ausrüstungen für den Einsatz vor Ort zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit seinen internationalen und regionalen Partnern analysiert UNODC die Trends im weltweiten illegalen Handel und die Schmuggelmethode und gibt seine diesbezüglichen Erkenntnisse weiter.

Das UNODC-Programm zur Überwachung von illegalem Drogenanbau entwickelt Methoden zur Datensammlung und -analyse, indem es das Ausmaß und die Entwicklung illegalen Drogenanbaus überwacht. Alternative Entwicklungshilfe bietet neue wirtschaftliche Chancen für Regionen, die von Schlafmohn-, Koka- und Cannabisanbau auf andere Ertragsmöglichkeiten umsteigen. Diese Projekte berücksichtigen die Rechte und Standpunkte der geplanten Nutznießer und befassen sich mit Bildung, Gesundheit, Umweltschutz, der Mitwirkung der Frauen, Ernährungssicherheit und anderen sozialen und wirtschaftlichen Fragen.

Das UNODC-Rechtsberatungsprogramm leistet ersuchenden Staaten Rechtshilfe durch ein vor Ort entsandtes Juristenteam des Amtssitzes. Diese Experten helfen mit, den nötigen rechtlichen und institutionellen Rahmen für die Drogenkontrolle und die wirksame Umsetzung der internationalen Suchtstoffübereinkommen zu schaffen. Das Weltweite Programm gegen Geldwäsche bietet Schulungskurse und technische Hilfe für Justiz-, Finanz- und Polizeibehörden und unterstützt sie bei der Schaffung der für die Bekämpfung der Geldwäsche erforderlichen Infrastruktur. Es leistet den Regierungen Hilfestellung bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Gesetzen gegen die Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus und hilft mit, die Voraussetzungen für die Gründung finanzieller Nachrichtendienste zu schaffen.

Das Weltweite Programm des UNODC gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität unterstützt die Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen um Ratifikation des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und dessen Zusatzprotokolle durch Veranstaltung regionaler Ratifikationsseminare, Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen und Schulung der Polizeikräfte, Staatsanwälte und Richter. Das Programm veröffentlicht auch Informationen über Trends im organisierten Verbrechen, fördert Strategien zu dessen Bekämpfung und leistet technische Hilfe.

Das Einschleusen von Migranten und der Menschenhandel für die Zwecke der Prostitution und Sklavenarbeit sind eines der am raschesten wachsenden weltweiten Probleme. Studien zeigen zudem, dass immer öfter organisierte Verbrechergruppen dabei ihre Hand im Spiel haben. Das Weltweite Programm gegen Menschenhandel unterstützt den Kampf gegen den Menschenhandel, indem es Daten sammelt und analysiert, politische Konzepte erarbeitet und Projekte durchführt, die den Kampf gegen Menschenhändler unterstützen, Risikogruppen über ihre Gefährdung aufklären und den Opfern Beistand leisten.

Korruption ist eines der größten Hindernisse für nachhaltige Entwicklung und eine verantwortungsvolle öffentliche Verwaltung. Laufende Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten resultierten, im Jahr 2003, im ersten Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption. Das Weltweite Programm gegen Korruption unterstützt Länder bei der Einschätzung des Problems und zeigt auf, wie die Tätigkeit der öffentlichen Hand transparenter gestaltet werden kann. Es befasst sich schwerpunktmäßig mit den Justiz- und Strafrechtssystemen und hilft mit, nationale Stellen für Korruptionsbekämpfung und andere Überwachungsorgane einzurichten.

Das UNODC-Büro zur Verhütung von Terrorismus hat die Aufgabe, Mitgliedstaaten, die internationale Vertragswerke über die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus ratifizieren und umsetzen wollen, über sein Weltweites Programm gegen Terrorismus in technischer und rechtlicher Hinsicht zu beraten. Das Büro arbeitet eng mit dem Antikorruptionsausschuss des Sicherheitsrats und dem Bereich Rechtsangelegenheiten am Amtssitz der Vereinten Nationen sowie mit regionalen Organisationen zusammen.

United Nations Office on Drugs and Crime

Vienna International Centre

Postfach 500, A 1400 Wien

Tel: +(43) (1) 26060-0, Fax: +(43) (1) 26060 5866

E-mail: unodc@unodc.org, <http://www.unodc.org>



25 years Vienna International Centre



Internationaler Suchtstoffkontrollrat (INCB)

DEN DROGENHÄNDLERN AUF DEN FERSEN

Wenn mehrere Tonnen Schlafmittel unterwegs in ein Land sind, wo nur ein Bruchteil davon für medizinische Zwecke gebraucht wird, läuten beim Internationalen Suchtstoffkontrollrat (INCB) in Wien die Alarmglocken.

INCB, vom Einheitsabkommen von 1961 über Suchtstoffe ins Leben gerufen, ist das internationale Überwachungsorgan der internationalen UNO-Drogenkontrollverträge, deren Ziel es ist, dass der Anbau, die Produktion und Verwendung von Drogen auf medizinische und wissenschaftliche Zwecke beschränkt bleibt und Chemikalien nicht zur illegalen Herstellung von Drogen verwendet werden.

Die 13 Mitglieder des Rates sind unabhängige Experten und keine Regierungsvertreter. Durch ihr Sekretariat in Wien ist INCB in ständigem Kontakt mit den relevanten Behörden in fast allen Ländern der Welt und managt das von den Konventionen geschaffene Kontrollsystem, das Mitgliedstaaten verpflichtet, regelmäßig Informationen und Daten an den INCB zu liefern. Diese Daten werden von INCB evaluiert und ermöglichen dem Rat, einen Überblick über alle verfügbaren Drogen in allen Ländern auf den verschiedenen Ebenen (Produktion, Handel) zu erhalten.

Täglich erhält INCB Anfragen über die Rechtmäßigkeit bestimmter Transaktionen mit kontrollierten Substanzen. So wie kürzlich, als ein asiatisches Land anfragte, ob die Bestellung von 5 Tonnen Diazepam (Valium) aus einem anderen asiatischen Land rechtens sein könnte. Kann sie nicht, denn sie übersteigt den Jahresbedarf großer industrialisierter Länder. Der Export dieser Substanz, die nicht nur oft von Heroinabhängigen missbraucht wird, sondern auch zur Streckung von Heroin benutzt wird, wurde daher verhindert.

Solche Fälle kommen häufig vor und haben eine sofortige Intervention des INCB mit den zuständigen Gesundheits- oder Strafverfolgungsbehörden der exportierenden Länder zur Folge. Diese enge Zusammenarbeit zwischen INCB und Regierungen verhindert auch die Abzweigung von mehreren Tausend Tonnen Chemikalien jährlich - Chemikalien, die zur illegalen Herstellung von Drogen benötigt werden. Sobald die mehr als 160 Vertragsstaaten der Konvention der Vereinten Nationen von 1988 gegen den illegalen Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Substanzen ihre Kontrollsysteme verstärkt haben, wird die Abzweigung dieser Chemikalien weiter zurückgehen.

Gemäß den internationalen Drogenkontrollverträgen verfasst INCB einen Jahresbericht über seine Arbeit. In diesem Bericht analysiert INCB die globale Drogensituation und warnt Regierungen vor existierenden und potentiellen Entwicklungen, die die Drogenkontrolle gefährden können und gibt Empfehlungen für Verbesserungen auf sowohl nationaler als auch internationaler Ebene ab. Die Berichte beruhen auf Informationen, die INCB von Regierungen und internationalen Organen zur Verfügung gestellt werden. Der Jahresbericht wird durch drei ausführliche technische Berichte über Suchtstoffe und psychotrope Substanzen sowie über Chemikalien, die für die illegale Herstellung dieser Drogen benötigt werden, ergänzt.

Secretariat of the International Narcotics Control Board

Vienna International Centre
Postfach 500, A 1400 Wien

Tel: +(42) (1) 26060-4277, Fax: +(42) (1) 26060-5867

E-mail: secretariat@incb.org, <http://www.unodc.org>



25 years Vienna International Centre



Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA)

WELTRAUMWISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE FÜR DAS WOHL DER MENSCHHEIT

Das Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA) wurde 1993 vom UN-Hauptquartier in New York nach Wien verlegt. Ursprünglich war das Büro eine kleine Expertengruppe innerhalb des UNO-Sekretariats, welche den Ad-Hoc Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums unterstützte, der 1958 von der Generalversammlung eingerichtet wurde. 1962, während der ersten Sitzung des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums, wurde das Büro für Weltraumfragen in die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Angelegenheiten des Sicherheitsrates eingegliedert. 1968 wurde es innerhalb dieses Ressorts in die „Abteilung für Weltraumfragen“ umbenannt. 1992 wurde die Abteilung, als Teil der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, in das Büro für Weltraumfragen umgewandelt und nach Wien übersiedelt.

Das Büro setzt die Entscheidungen der Generalversammlung um, als auch die Entscheidungen des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums, und dessen zwei Unterausschüsse Recht, und Wissenschaft und Technik. Das Büro ist für die Förderung internationaler Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzung des Weltraums verantwortlich. Diese Zusammenarbeit soll genutzt werden, um wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben, besonders zugunsten von Entwicklungsländern.

Das Büro ist zuständig für die Umsetzung des Programms der Vereinten Nationen für angewandte Weltraumtechnik. Dieses Programm soll den Mitgliedstaaten, vor allem aber Entwicklungsländern, Zugang zu Weltraumtechnologie und wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie deren Anwendungen ermöglichen. Mit Hilfe dieser Erkenntnisse soll die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern beschleunigt werden. Im Rahmen dieses Programmes organisiert das Büro für Weltraumfragen Lehrgänge, Tagungen, Seminare und andere Veranstaltungen. Ziel dieser Veranstaltungen ist es, in Entwicklungsländern ein Bewusstsein für die Möglichkeiten der Anwendungen von Weltraumwissenschaft und -technik zu schaffen und die Kapazitäten in diesen Ländern in Bereichen wie Fernerkundung, Satellitenkommunikation, Satellitenmeteorologie, Grundlagen der Weltraumwissenschaften, Satellitennavigation, sowie Weltraumrecht zu stärken. Seit seiner Gründung im Jahr 1971 hat das Programm über 200 solcher Veranstaltungen, mit über 10.000 Teilnehmern, organisiert. Das Büro implementiert ausserdem die Ideen, die aus solchen Tagungen und Lehrgängen stammen, in form von Pilotprojekten.

In Vertretung des Generalsekretärs erhält das Büro für Weltraumfragen ein „Verzeichnis von künstlichen Objekten im Weltraum“ und betreut die dort gesammelten Daten.

Als Teil seiner fachlichen Hilfe im Bereich des internationalen Weltraumrechts stellt das Büro einen online-Index zur Verfügung, der über den letzten Stand der fünf Verträge der Vereinten Nationen betreffend den Weltraum Auskunft gibt. Dieser Index befindet sich auf der Internet-Homepage des Büros.

Das Büro für Weltraumfragen veröffentlicht Berichte, Studien und Publikationen, die alle Bereiche von Wissenschaft, Technologie und Recht, sowie deren Anwendungen betreffen.

Während der drei Konferenzen der Vereinten Nationen über die friedliche Nutzung des Weltraums (UNISPACE) fungierte das Büro als offizielles Konferenz-Sekretariat.

Diese Konferenzen fanden 1968, 1982 und 1999 in Wien statt. Derzeit fördert und unterstützt das Büro die Umsetzung der Empfehlungen von UNISPACE III.

Innerhalb des Büros gibt es zwei Sektionen:

- die Sektion Angewandte Weltraumtechnik, welche das Programm der Vereinten Nationen für angewandte Weltraumtechnik umsetzt, sowie
- die Sektion Ausschussdienste und Forschung, welche für alle Ausschusstagungen und Unterausschusstagungen als Sekretariat fungiert und Vorbereitungsarbeit leistet.

Das Büro für Weltraumfragen hat ein internationales Team von Mitarbeitern und wird seit 1999 von Sergio Camacho-Lara aus Mexiko geleitet.

Office for Outer Space Affairs

Vienna International Centre
Postfach 500, A 1400 Wien

Tel: +(43) (1) 26 60-4950, Fax: +(43) (1) 26060-5830

E-mail: ooa@unvienna.org, <http://www.ooa.unvienna.org>



25 years [Vienna International Centre](#)



Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL)

REGELN FÜR DEN INTERNATIONALEN HANDEL SETZEN UND RECHTSSTREITIGKEITEN SCHLICHTEN

Sowohl bei Entwicklungs- wie auch bei Industrieländern ist es weitestgehend anerkannt, dass Handel Wohlstand schafft und für die ökonomische Gesundheit der Welt notwendig ist. Aber wer erarbeitet die Regeln für den internationalen Handel und entscheidet, wie Zahlungen durchgeführt und Streitigkeiten geregelt werden?

Als sich der Welthandel 1960 drastisch ausweitete, erkannten nationale Regierungen die Notwendigkeit globaler Standards und Regeln für eine Harmonisierung und Modernisierung der weltweiten Sammlung nationaler und regionaler Verordnungen für den internationalen Handel. Man wandte sich an die Vereinten Nationen, die 1966 die Notwendigkeit sahen, eine aktivere Rolle bei der Ausräumung von Rechtshindernissen für den internationalen Handel zu spielen und gründeten die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL). UNCITRAL ist seither zur wichtigsten juristischen Institution im UNO-System auf dem Gebiet des Handelsrechts geworden.

Viel von dem komplexen Netzwerk internationaler Regeln und Übereinkommen, die die heutigen Handelsvereinbarungen betreffen, wurden durch lange und gezielte, von UNCITRAL organisierten Konsultationen und Verhandlungen erreicht. Ihr Ziel ist es, Rechtshindernisse für den internationalen Handel zu reduzieren oder zu beseitigen und Handelsrechte stufenweise zu modernisieren und harmonisieren. Die Kommission versucht auch die Arbeit von Organisationen aktiv zu koordinieren und eine breitere Akzeptanz für die Anwendungen der Regeln und Rechtstexte, die sie entwickelt, zu fördern.

MITGLIEDSCHAFT

Die Kommission besteht aus sechzig Mitgliedstaaten, die von der Generalversammlung für sechs Jahre gewählt werden. Die Mitgliedschaft ist so ausgerichtet, dass alle geografischen Regionen der Welt und deren hauptsächlichlichen Wirtschafts- und Rechtssysteme darin vertreten sind.

SEKRETARIAT

Das UNCITRAL-Sekretariat, das ursprünglich am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York angesiedelt war, wurde im September 1979 nach Wien transferiert. Die Abteilung Internationales Handelsrecht als Teil des UNO-Justiziariats (United Nations Office of Legal Affairs) ist mit seinen 21 Mitarbeitern (14 Juristen und 7 Sekretariatsmitarbeiter) für die substantielle Sekretariatsarbeit der Kommission zuständig. Der Direktor der Abteilung fungiert als Sekretär von UNCITRAL. Um UNCITRAL bei seiner Arbeit zu unterstützen, führt das Sekretariat eine Vielzahl von verschiedenen Aufgaben aus, einschließlich der Vorbereitung von Studien, Berichten und Entwurfstexten über Themen für eine mögliche Aufnahme ins Arbeitsprogramm. Weitere Aufgaben sind juristische Recherchen, das Konzipieren und Revidieren von Arbeitspapieren und Gesetzgebungstexten über Themen, die bereits ins Arbeitsprogramm aufgenommen wurden; die Berichterstattung über die Kommission und Arbeitsgruppentagungen; formale gesetzgebende Unterstützung für Staaten; das Erstellen von UNCITRAL-Publikationen; sowie eine Reihe von administrativen Aufgaben für UNCITRAL und ihre Arbeitsgruppen.

ARBEITSMETHODE

Texte für die Vereinfachung von Handelstransaktionen und die Reduzierung von damit verbundenen Kosten werden von Arbeitsgruppen erarbeitet. Diese Arbeitsgruppen, die ein- oder zweimal pro Jahr tagen, setzen sich aus allen Mitgliedstaaten von UNCITRAL zusammen. Nicht-Mitgliedstaaten und interessierte internationale und regionale Organisationen sind ebenfalls eingeladen und können aktiv mitarbeiten, da Entscheidungen einvernehmlich getroffen werden und nicht durch mehrheitliche Abstimmung. Die von den Arbeitsgruppen fertiggestellten Textentwürfe werden dann an die Kommission übergeben und bei deren Jahrestagung endgültig festgelegt und angenommen.

HANDELSRECHTSTEXTE

UNCITRAL erarbeitet verschiedene Arten von Texten für die Modernisierung und Harmonisierung der internationalen Handelsgesetze. Diese Texte sind im allgemeinen gesetzgebende Texte, wie Konventionen, Mustergesetze und Gesetzesrichtlinien, oder nicht-gesetzgebende Texte wie z.B. Vertragsregeln, die in Handelsverträge und Rechtshandbücher eingearbeitet werden.

Übereinkommen: ein Abkommen zwischen Staaten, die Verpflichtungen schaffen und die für diese Staaten, die sie ratifizieren oder ihnen beitreten, bindend sind.

Mustergesetz: ein Set eines Musters von gesetzgebenden Bestimmungen, die Staaten durch eine gesetzliche Verfügung annehmen können

Gesetzesrichtlinien: ein Text, der Richtlinien für die Schaffung von Gesetzen beinhaltet, relevante Grundsatzthemen erörtert, auswählt und entsprechende gesetzgebende Lösungen empfiehlt.

Vertragliche Regelungen: Standardklauseln oder Regelungen werden für die Inkludierung in Handelsverträge entworfen.

Rechtshandbuch: ein Text, der Anleitungen für Vertragsentwürfe beinhaltet, relevante Themen erörtert und Lösungen für bestimmte Umstände empfiehlt.

FORMALE GESETZGEBENDE UNTERSTÜTZUNG

Eine der Prioritäten von UNCITRAL ist die formale gesetzgebende Unterstützung für die Modernisierung von Handelsgesetzen und -praktiken. Zusätzlich zur Förderung der Verstehens von internationalen Handelsrechtstexten und die Leistungen, die sie für die Ausweitung des internationalen Handels bringen, hilft UNCITRAL Staaten, Gesetze zu erarbeiten, die notwendig sind, diese gesetzgebenden Texte und Handelsgesellschaften zu implementieren, um die Anwendung von nicht-gesetzgebenden Regelungen zu fördern.

ERRUNGENSCHAFTEN

In den letzten 24 Jahren hat UNCITRAL wichtige internationale Texte über den Verkauf von Waren, den Transport, die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten, Beschaffung und Infrastrukturentwicklung, internationale Zahlungen, E-Commerce und Insolvenzen fertiggestellt. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit, Transportgesetze, E-Commerce, Insolvenzgesetze, Sicherheitsbelange und öffentliche Beschaffung sind das Hauptaugenmerk der aktuellen Arbeit.

UNCITRAL Sekretariat

Vienna International Centre
Postfach 500, A 1400 Wien

Tel: +(43) (1) 26060-4060 or 4061, Fax:+ (43) (1) 26060-5813

E-mail: uncitral@uncitral.org, <http://www.uncitral.org>



25 years Vienna International Centre



Postverwaltung der Vereinten Nationen (UNPA)

25 JAHRE VIC — 25 JAHRE UNPA IN WIEN

Am 24. August 1979, einen Tag nach der Eröffnung des Vienna International Centre (VIC), gab die Postverwaltung der Vereinten Nationen ihre ersten UNO-Briefmarken in österreichischer Währung heraus

Der Gedanke eigener UNO-Briefmarken geht auf einen Vorschlag Argentiniens aus dem Jahr 1947 zurück. 1951 kam es zu einer entsprechenden Vereinbarung mit den US-Postbehörden, in der festgelegt war, dass die Briefmarken in der Währung der Vereinigten Staaten ausgegeben werden und ausschließlich am Amtssitz der UNO Verwendung finden dürfen.

Die ersten Briefmarken der Vereinten Nationen in US-Dollar erschienen am 24. Oktober 1951, dem Tag der Vereinten Nationen. Sie waren ein durchschlagender Erfolg und innerhalb weniger Tage restlos ausverkauft.

Ähnliche Vereinbarungen wurden mit den Schweizerischen und den österreichischen Postbehörden getroffen. Am 4. Oktober 1969 konnte das UNPA-Büro in Genf dank des Abkommens vom 11. Dezember 1968 zwischen den Vereinten Nationen und den Schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafienbetrieben die ersten UNO-Briefmarken in Schweizer Franken ausgeben.

Nach Abschluss eines weiteren Abkommens mit der österreichischen Regierung am 28. Juni 1979 gab das UNPA-Büro in Wien am 24. August 1979 die ersten UNO-Briefmarken in österreichischen Schilling heraus. Seit dem 1. Juli 2002 werden aufgrund der Währungsänderung die UNO-Briefmarken nur mehr in Euro ausgegeben.

Seither erscheinen die Briefmarken der Vereinten Nationen gleichzeitig in den UNO-Büros in New York, Genf und Wien

Die Motive der Briefmarken einer Ausgabe sind jeweils einem einheitlichen Thema gewidmet, doch ihre Nennwerte entsprechen der Währung des betreffenden Landes. Die Briefmarken können direkt im jeweiligen Büro gekauft oder per Post bestellt oder im Briefmarkenhandel bezogen werden. Sie sind für Postsendungen gültig, die im UNO-Büro des Landes, dessen Währung sie tragen, aufgegeben werden.

In der Regel erscheinen jedes Jahr sechs Ausgaben von Gedenkbriefmarken, die nur 12 Monate zum Verkauf stehen. Restliche Lagerbestände werden anschließend vernichtet. Die Briefmarken werden Gedenkbriefmarken genannt, weil sie dazu anregen sollen, über das jeweilige Thema nachzudenken. Sie werden nicht nachgedruckt, auch wenn eine Ausgabe vor Ablauf der Verkaufsfrist von 12 Monaten ausverkauft ist. Briefmarken der Dauerserie hingegen stehen unbefristet zum Verkauf und ihre Nennwerte werden den Erfordernissen des Postverkehrs angepasst. Dauerbriefmarken können bei Bedarf auch nachgedruckt werden.

Die Briefmarken der Vereinten Nationen werden auf der ganzen Welt gedruckt, sowohl in Staatsdruckereien als auch in privaten Sicherheitsdruckereien. Für ihre Herstellung gelten dieselben strengen Sicherheitsbestimmungen wie für den Druck von Banknoten. Die Sammler schätzen die hohe Druckqualität der UNO-Briefmarken, die einer strengen Kontrolle unterliegt und von der UNPA auf jede Unregelmäßigkeit überprüft wird. Dadurch zählen die Vereinten Nationen zu den Postverwaltungen, deren Briefmarken die höchste Qualität aufweisen.

Die Briefmarken der Vereinten Nationen fördern nicht nur auf künstlerische Weise die Ziele der Weltorganisationen, sondern sie stellen auch eine Einkommensquelle für die Organisation dar

Dieses Einkommen stammt fast ausschließlich aus dem Verkauf von Briefmarken an Sammler. Der größte Teil der UNO-Briefmarken – rund 85 Prozent – wird von Briefmarkenfreunden gesammelt. Der Wert aller als Porto verwendeten UNO-Briefmarken wird dem US-Postdienst, den Schweizerischen PTT-Betrieben bzw. der österreichischen Post rückerstattet.

Menschenrechte, Umwelt, gefährdete Arten und Frieden sind Themen, die allen Völkern der Welt ein Anliegen sind. Es sind gleichzeitig jene Themen, auf die die Postverwaltung der Vereinten Nationen (UNPA) mit ihren Briefmarken aufmerksam gemacht hat.

Da die Briefmarken der Vereinten Nationen Einblick in die Arbeit der Weltorganisation geben, gehen sie in ihrer Bedeutung über die Grenzen der Philatelie hinaus. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf wichtige Weltprobleme und zeugen vom unermüdlichen Streben der Vereinten Nationen nach Verwirklichung ihrer Ziele.

Anlässlich ihres 25-jährigen Jubiläums am 24. August 2004 gibt das UNPA-Büro in Wien eine Postkarte mit einer Darstellung des Internationalen Zentrums Wien heraus, die am ständigen Verkaufsschalter der UNPA im Besucherzentrum am Eingang 1 (Checkpoint 1) des VIC mit einem Sonderstempel abgestempelt wird.

United Nations Postal Administration (UNPA)

Vienna International Centre
Postfach 900, A 1400 Wien

Tel: +43 (1) 26060-4032 oder 26060-4025, Fax: 43 (1) 26060-5825
E-mail: UNPA-Europe@unvienna.org, <http://www.unpa.unvienna.org>



25 years Vienna International Centre



Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR)

EINE LANGE TRADITION BEI DER FLÜCHTLINGSHILFE

Schon 1951, im Gründungsjahr des UN-Flüchtlingshochkommissars UNHCR, wurde eine Vertretung in Österreich eingerichtet. Damit ist UNHCR von allen UN-Organisationen am längsten in Österreich vertreten. Im Jahr 1979 ist das Büro in das neu errichtete Vienna International Centre umgezogen. In der Zeit von 1991 bis 2000 hat die Vertretung in Wien auch regionale Funktionen erfüllt.

Viele Jahre lang hat UNHCR Flüchtlingen hauptsächlich durch materielle Unterstützung geholfen. In jüngster Zeit bestand seine Hauptaufgabe aus Rechtsschutz von Flüchtlingen und Asylwerbern. UNHCR beobachtet und kontrolliert jene österreichischen Gesetze, die diese Personengruppen betreffen, im Hinblick auf die Genfer Flüchtlingskonvention und unterbreitet den Behörden Vorschläge in Flüchtlingsfragen. UNHCR Wien kooperiert auch mit österreichischen nichtstaatlichen Hilfsorganisationen, die für Flüchtlinge und Asylwerber tätig sind. Außerdem steht UNHCR in engem Kontakt mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Durch Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Unterrichtsmaterialien, diverse Publikationen und die Homepage www.unhcr.at betreibt UNHCR Bewusstseinsbildung für die Situation von Flüchtlingen. Die Vertretung in Wien unterstützt und teils finanziert das österreichweite „Netzwerk Asylanwalt“, das Flüchtlinge und Asylsuchende berät und unterstützt. UNHCR interveniert nur in schwierigen Einzelfällen direkt. Zusätzlich werden Schulungen für Regierungsbeamte und Flüchtlingsrechtsberater angeboten.

ÖSTERREICH – ASYLLAND MIT TRADITION

Österreichs Hilfe für Flüchtlinge, die vor Krieg, Folter und Verfolgung fliehen müssen, hat eine lange Tradition. Seit 1945 sind mehr als zwei Millionen Flüchtlinge nach Österreich gekommen, fast 700.000 Menschen sind im Land geblieben. In den Jahren 1956, 1968, 1980 und 1992 haben in der Folge verschiedener Krisen sehr viele Flüchtlinge in Österreich Hilfe gesucht.

1956/57 flohen 180.000 Ungarn nach Österreich, im Jahr 1968 brachten sich 160.000 Tschechen und Slowaken nach Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die damalige Tschechoslowakei durch Flucht nach Österreich in Sicherheit. Die meisten Flüchtlinge kehrten wieder in ihre Heimatländer zurück, manche zogen weiter und andere blieben in Österreich. 1980/81 wurde in Polen das Kriegsrecht ausgerufen. Als Folge kamen 33.000 Flüchtlinge nach Österreich. 90 Prozent reisten in Drittländer weiter. Mit Beginn des Balkankrieges 1991/92 flohen 13.000 Menschen von Kroatien nach Österreich. Im Jahr 1992 trafen die ersten von insgesamt 90.000 Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina ein, im Frühjahr 1999, als der Kosovokonflikt eskaliert war, nahm Österreich mehr als 5000 Flüchtlinge vorübergehend auf. Gleich nach Ende der Kämpfe begannen erste Rückkehrbewegungen.

SUCHE NACH EINEM SICHEREN HAFEN

Wer nach Österreich kommt und Schutz sucht, muss einen Asylantrag stellen. Zunächst untersuchen die Behörden, ob es Gründe gibt, den Antrag zurückzuweisen, oder ob ein Drittland für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. In erster Instanz prüft das Bundesasylamt, ob es sich tatsächlich

um einen Flüchtling handelt. Laut Genfer Flüchtlingskonvention ist ein Flüchtling „jede Person, die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe außerhalb ihres Heimatlandes befindet und nicht in der Lage oder gewillt ist, den Schutz des Heimatlandes in Anspruch zu nehmen.“ Im Interview erzählt die Asylwerberin oder der Asylwerber ihre bzw. seine Fluchtgeschichte. Die Beamten müssen danach entscheiden, ob Asyl gewährt wird oder nicht. Wird der Asylantrag abgelehnt, besteht die Möglichkeit einer Berufung beim „Unabhängigen Bundesasylsenat“ (UBAS), der zweiten Instanz. Das gesamte Verfahren kann sich über mehrere Jahre hinziehen. Während dieser Zeit haben Asylwerber keine Arbeitserlaubnis. Obwohl der Oberste Gerichtshof festgestellt hat, dass alle Asylwerber, die die Kriterien im dafür vorgesehenen Gesetz erfüllen, ein Recht auf Grundversorgung („Bundesbetreuung“) haben, ist das oft nicht der Fall. Viele Asylwerber sind deswegen auf die Hilfe privater Flüchtlingsvereine angewiesen.

DIE HERAUSFORDERUNGEN VON HEUTE

Während der letzten zwei Jahre hat die Anzahl der Asylwerber in Österreich stark abgenommen. Im Jahr 2003 wurden 32.364 Asylanträge gestellt, verglichen mit 39.354 im Jahr 2002. Jedes Jahr wird etwa 1000 Menschen Asyl gewährt. Im Jahr 2003 wurde ein neues Asylgesetz verabschiedet. UNHCR kritisierte den Gesetzesentwurf und wies darauf hin, dass er im Widerspruch zur Genfer Flüchtlingskonvention steht. Zwar sind einige Verschärfungen aus dem Erstentwurf entfernt worden, dennoch blieben die Hauptbedenken von UNHCR und anderer Institutionen auch beim zweiten Gesetzesentwurf, der wieder von UNHCR kritisiert wurde, bestehen.

Speziell das so genannte „Neuerungsverbot“ bereitet UNHCR große Sorgen: Diese neue Regelung soll Asylwerber künftig zwingen, ihre Fluchtmotive gleich in der ersten Instanz vollständig und exakt darzulegen, ohne die Erlaubnis, später noch Details hinzuzufügen zu können. Menschen, die aus kriegsgeschüttelten Gegenden kommen, die Opfer von Gewalt und Folter wurden, sind oft nicht fähig, über das Geschehene gleich nach ihrer Ankunft zu reden. Die Gründe dafür können Angst oder Scham sein. Darüber hinaus können Flüchtlinge an bestimmten Grenzposten keine Asylanträge mehr stellen. UNHCR kritisiert auch, dass mit dem neuen Gesetz die zweite Instanz geschwächt wird. Einige Gruppen von Asylwerbern können künftig abgeschoben werden, obwohl ihr Asylverfahren noch gar nicht abgeschlossen wurde.

Ein anderes Anliegen des UNHCR ist die Harmonisierung der Asylverfahren innerhalb der Länder der Europäischen Union. Die EU arbeitet seit einigen Jahren an einer Harmonisierung der Asylverfahren in ihren Mitgliedsstaaten, hat aber bisher noch keinen Konsens gefunden. Nachdem noch immer sehr viele Menschen in den EU-Staaten um Asyl ansuchten, haben viele Regierungen ihre Gesetze verschärft. Deswegen befürchtet UNHCR, dass der Harmonisierungsprozess der EU-Asylregeln zu einer beachtlichen Verschlechterung der bisherigen Standards führt. UNHCR fürchtet, dass Asylwerber, darunter auch Flüchtlinge, in Länder, die keinen ausreichenden Schutz bieten können, geschickt werden könnten und dass ihnen der Zugang zu Asylverfahren verwehrt werden könnte, ohne sicherzustellen, dass sich die Asylwerber in Sicherheit befinden und ihr Anliegen auch angehört werden würde.

In den kommenden Jahren wird UNHCR weiterhin Hilfe für Flüchtlinge leisten, indem es sie entweder bei der Rückkehr in ihre wieder sicheren Heimatländer unterstützt, ihnen bei der Integration in den Asylländern beisteht oder ihnen hilft, sich in einem Drittland neu anzusiedeln.

UNHCR Austria

Vienna International Centre
Postfach 550, A 1400 Wien

Tel. +(43) (1) 26060-4048, Fax +(43) (1) 263-3748

<http://www.unhcr.at>



25 years Vienna International Centre



Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

EINE PLATTFORM FÜR DEN FORTSCHRITT

AUFTRAG

Die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die ihre Bemühungen auf die Linderung der Armut durch Förderung der Produktivitätssteigerung konzentriert. Sie hilft Entwicklungs- und Reformländern dabei, in der globalisierten Welt von heute nicht an den Rand gedrängt zu werden. Sie mobilisiert Wissen, praktische Kenntnisse, Information und Technologie im Interesse produktiver Beschäftigung, einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und einer gesunden Umwelt.

HINTERGRUND

Die UNIDO wurde 1966 ins Leben gerufen und 1985 in eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen umgewandelt. Als Bestandteil des Organisationsverbunds der Vereinten Nationen hat sie die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit ihren 171 Mitgliedstaaten die industrielle Entwicklung in der gesamten in Entwicklung befindlichen Welt zu fördern. Sie hat ihren Sitz in Wien und sorgt mit ihren 29 Länder- und Regionalbüros, 13 Investitions- und Technologieförderungsbüros und mehreren Büros, die sich mit speziellen Aspekten ihrer Arbeit beschäftigen, für eine aktive Präsenz vor Ort.

HAUPTAUFGABEN

Als weltweites Forum schafft und verbreitet die UNIDO Wissen in Fragen der Industrie und bietet eine Plattform für die verschiedenen in der Entwicklungsarbeit tätigen Akteure – Entscheidungsträger aus dem öffentlichen und privaten Bereich, Organisationen der Zivilgesellschaft und politikbestimmende Kreise im allgemeinen –, um die Zusammenarbeit zu stärken, den Dialog zu fördern und Partnerschaften zu bilden und so die zukünftigen Herausforderungen besser bewältigen zu können. Als Organisation für technische Zusammenarbeit sorgt die UNIDO für die Ausarbeitung und Durchführung von Programmen zur industriellen Entwicklung. Sie bietet auch speziell auf konkrete Bedürfnisse zugeschnittene Unterstützung bei der Programmentwicklung. Diese beiden wichtigen Funktionen ergänzen und verstärken einander. Einerseits können die in der technischen Zusammenarbeit der UNIDO gewonnenen Erfahrungen an politische Entscheidungsträger weitergegeben werden, und andererseits zeigt die analytische Arbeit der Organisation auf, in welchen Bereichen technische Zusammenarbeit den größten Nutzen bringt, indem sie mithilft, Prioritäten festzulegen.

DIENSTE

Die von der UNIDO angebotenen Dienstleistungen sind als Bausteine konzipiert, die leicht in länderspezifische Pakete eingebaut werden können. Da die letztendliche Entscheidung beim jeweiligen Land liegt, ist dafür gesorgt, dass das Produkt dem speziellen Bedarf des Landes entspricht. Die umfassende Dienstleistungspalette der UNIDO umfasst:

- Industriemanagement und Statistik
- Investitions und Technologieförderung
- Industrielle Wettbewerbsfähigkeit und Handel
- Entwicklung der Privatwirtschaft
- Agroindustrie
- Nachhaltige Energie und Klimawandel
- Montreal Protokoll (Stoffe, die die Ozonschicht schädigen)
- Umweltmanagement

Technische Zusammenarbeit: Im Jahr 2003 beliefen sich UNIDO's Programme und Projekte der technischen Zusammenarbeit auf insgesamt auf ca. US\$ 94,6 Millionen. 2003 wurden neue Projekte für ca. US\$ 84,4 Millionen abgeschlossen. UNIDO's technische Zusammenarbeit wird hauptsächlich durch freiwillige Beiträge

von Geberländern und -Institutionen, des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen, des Multilateralen Fonds für die Umsetzung des Montrealer Protokolls, der Globale Umweltfazilität und des Gemeinschaftsfonds für Rohstoffe finanziert. Im Rahmen des neuen UNIDO Ansatzes für technische Zusammenarbeit der sich auf integrierte Programme als Instrument zu deren Durchführung stützt, sind derzeit 51 Programme ausgearbeitet, die meisten davon sind in Durchführung. Innerhalb der bereits zugesagten US\$146,7 Millionen sind 40% für Afrika bestimmt, 20% für arabische Länder und 40% für Zentral- und Ost-Europa, Asien und Lateinamerika.

Finanzielle Ressourcen: Die Finanzierung für UNIDO's Tätigkeit wird aus UNIDO's eigenen Haushaltsmitteln, dem operativen Budget und freiwilligen Leistungen der Mitgliedsländer gedeckt. Die eigenen Haushaltsmittel beruhen auf den Mitgliedszahlungen der Mitgliedsländer. Das operative Budget wird erwirtschaftet aus der Durchführung von Projekten. Das geschätzte Gesamtvolumen für UNIDO's Aktivitäten für 2004 und 2005 beträgt € 356 Millionen. Dies setzt sich zusammen aus eigenen Haushaltsmittels in Höhe von € 144,3 Millionen, einem operativen Budget von € 21,5 Millionen und erwarteten freiwilligen Leistungen in Höhe von € 189,8 Millionen.

Personelle Ausstattung: Der Generaldirektor der UNIDO, Carlos Magariños (Argentinien), trat im Dezember 1997 sein Amt an. Im Dezember 2001 wurde er für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt. Die Organisation ist in drei Hauptabteilungen gegliedert, die jeweils von einem Geschäftsführenden Direktor geleitet werden. Die UNIDO beschäftigt 540 Mitarbeiter am Amtssitz und 130 vor Ort. Außerdem nimmt sie jedes Jahr die Dienste von über 2000 internationalen und nationalen Experten in Anspruch, die in Projekten in aller Welt im Einsatz stehen.

Informationsdienste, Datenbanken, Newsletters und sonstige Informationsträger: Die Informationsdienste und Datenbanken der UNIDO bieten neben Kurzberichten über industrielle Entwicklung und Industriestatistiken auch Daten über Wirtschaftsbedingungen, Finanzen, Industrietechnologie, Energie, Agroindustrie, Nationale Zentren für sauberere Produktion und Biosicherheit. Ein wichtiger Teil der UNIDO-Funktion als globales Forum ist der jährlich herausgegebene *Bericht über industrielle Entwicklung*. Weitere periodisch erscheinende Publikation sind der *Jahresbericht des Generaldirektors* und *UNIDO at Work*. Ferner gibt die UNIDO mehrere Newsletters heraus, etwa den wöchentlichen elektronischen Newsletter *UNIDOScope* (www.unido.org/unidoscope) und *FEATURE Article*, die beide auf der UNIDO-Website abgerufen werden können, sowie mehrere gedruckte Newsletters, die regelmäßig von den Teams der Integrierten Programme produziert werden. Eines ihrer höchst erfolgreichen Software-Tools zur Projektbewertung ist *COMFAR III Expert* (www.unido.org/comfar). Zuletzt wurde *UNIDO EXCHANGE* (www.unido.org/exchange) entwickelt, ein Netzwerk für Wirtschaftsinformation.

UNIDO-Verbindungsbüros: Genf (Schweiz), New York (USA)

UNIDO-PRÄSENZ VOR ORT

Regional- und Länderbüros: Die UNIDO ist in folgenden Ländern vertreten: Ägypten, Algerien, Äthiopien, Bolivien, China, Elfenbeinküste, Ghana, Guinea, Indien, Indonesien, Iran (Islamische Republik), Kamerun, Kenia, Kolumbien, Libanon, Madagaskar, Marokko, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Philippinen, Senegal, Simbabwe, Sudan, Thailand, Tunesien, Uruguay, Vereinigte Republik Tansania und Vietnam. Für 2003 ist die Eröffnung eines Regionalbüros in Südafrika geplant.

Netzwerk zur Investitions- und Technologieförderung: Zur Förderung des Transfers von Investitionen und Technologien in die Entwicklungs- und Reformländer betreibt die UNIDO ein Netz von Investitions- und Technologieförderungsbüros (ITPOs), die von den Ländern finanziert werden, in denen sie sich befinden: Bahrain, Brasilien, China (Beijing und Shanghai), Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Polen, Republik Korea, Russische Föderation und Vereinigtes Königreich. Die wallonische Region Belgiens unterhält ein ITPO am Amtssitz der UNIDO in Wien.

Das Netz der Investitions- und Technologieförderungsbüros wird durch **Investment Promotion Units (IPUs)** in Ägypten, Jordanien, Marokko, Tunesien und Uganda ergänzt, die von Italien finanziert werden.

Die UNIDO und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) haben dreißig **Nationale Zentren für sauberere Produktion (NCPCs)** gegründet und Programme zu diesem Thema entwickelt.

Zehn **Internationale Technologiezentren** in Industrie- und Entwicklungsländern, darunter Brasilien, China, Indien und die Russische Föderation, fördern die technische Aufrüstung und helfen Ländern, mit dem technischen Wandel Schritt zu halten.

UNIDO

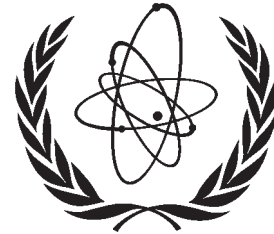
Vienna International Centre
Postfach 300, A 1400 Wien

Tel: +(43) (1) 26026-0 , Fax: +(43) (1) 2692669

E-mail: unido@unido.org, <http://www.unido.org>



25 years Vienna International Centre



Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

FÜR DIE FRIEDLICHE NUTZUNG DER KERNENERGIE

Die IAEO ist das Weltzentrum für nukleare Zusammenarbeit und fördert die sichere und friedliche Nutzung von Kerntechnik. Die Mission der IAEO beruht auf drei Hauptsäulen:

- Sicherungsmaßnahmen und Verifikation • Sicherheit und Sicherung • Wissenschaft und Technik •

FÖRDERUNG VON SICHERUNGSMAßNAHMEN UND VERIFIKATION

Die IAEO ist durch ihre Arbeit bestrebt, weitere Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern.

Die IAEO ist die Weltatomaufsichtsbehörde und hat mehr als vier Jahrzehnte Verifikationserfahrung. Ihre Inspektoren überprüfen, dass Kernmaterial und nukleare Tätigkeiten, die Sicherungsmaßnahmen unterliegen, nicht für militärische Zwecke genutzt werden. Die IAEO ist außerdem vom Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Zuständigkeit für das Nukleardossier im Irak beauftragt worden.

Die wichtigsten Aufgabengebiete sind:

Sicherungsmaßnahmen. Die IAEO überprüft nukleare und verwandte Anlagen aufgrund von Übereinkommen über Sicherungsmaßnahmen mit über 140 Staaten. Die meisten dieser Übereinkommen bestehen mit Staaten, die sich auf internationaler Ebene zum Verzicht auf Kernwaffen verpflichtet haben. Die Übereinkommen werden gemäß dem weltweiten Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) abgeschlossen, für den die IAEO die Verifikationsbehörde ist.

Verifikation im Irak. Aufgrund von Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates ist die IAEO die Aufsichtsbehörde für nuklearbezogene Überwachung und Verifikation im Irak. Die Überwachungstätigkeit wird vom IAEO-Büro für nukleare Verifikation im Irak (INVO) ausgeübt.

Zusätzlich unterstützt die IAEO die internationale Gemeinschaft in ihren Bemühungen um nukleare Abrüstung. Durch eine trilaterale Initiative mit der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten fördert die IAEO Schritte zur Verifikation von Waffenmaterial und anderem spaltbaren Material, das diese zwei Länder aus ihren Verteidigungsprogrammen freigegeben haben.

Die Hauptabteilung für Sicherungsmaßnahmen der IAEO dient als Organisationszentrale für die Sicherungskontrollarbeit der IAEO, wobei INVO für das Nukleardossier im Irak gemäß den Resolutionen des Sicherheitsrates verantwortlich ist.

FÖRDERUNG VON SICHERHEIT UND SICHERUNG

Die IAEO arbeitet darauf hin, Personen und Umwelt vor schädlicher Strahlenbelastung zu schützen.

Die IAEO hilft Ländern, ihre nuklearen Sicherheitsmaßnahmen zu verbessern, für Notfälle vorzusorgen und auf Notfälle zu reagieren. Die Arbeit ist auf internationale Konventionen, Standards und Beratung ausgerichtet. Das Hauptziel dabei ist es, Personen und Umwelt vor schädlicher Strahlenbelastung zu schützen.

Es gibt zwei Prioritätsbereiche:

Tätigkeiten im Bereich der Sicherheit befassen sich mit nuklearen Anlagen, radioaktiven Strahlenquellen, radioaktivem Material auf Transportwegen und radioaktiven Abfällen. Ein Hauptelement

ist die Erstellung und die Förderung der Anwendung von internationalen Sicherheitsstandards für die Verwaltung und Regulierung von Tätigkeiten mit nuklearem und radioaktivem Material.

Tätigkeiten im Bereich der Sicherung befassen sich sowohl mit nuklearem und radioaktivem Material als auch mit nuklearen Anlagen. Das Hauptziel ist, Staaten dabei zu unterstützen, terroristische oder andere böswillige Handlungen – wie zum Beispiel illegalen Besitz, Gebrauch, Transport und Handel – zu verhindern, aufzudecken und auf sie zu reagieren sowie nukleare Anlagen und Transporte gegen Sabotage zu schützen.

Die Arbeit der IAEA hat den Rahmen für Zusammenarbeit zur Errichtung und Stärkung eines internationalen Sicherheitssystems gesetzt. Dieser Rahmen umfasst beratende internationale Standards, Normen und Richtlinien, verbindliche Konventionen, internationale Peer Reviews (gegenseitige Beurteilungen nationaler Aktivitäten, Fähigkeiten und Infrastrukturen), und ein internationales System für die Notfalls-Vorsorge und -Einsatzbereitschaft.

Ebenfalls etabliert sind gezielte Maßnahmen zur Erfüllung bestimmter Zwecke oder Bedürfnisse – zwei Beispiele sind das Aktionsprogramm zum Schutz vor dem nuklearen Terrorismus und das Aktionsprogramm für die Sicherheit radioaktiver Strahlenquellen und den Schutz von radioaktivem Material.

Die Hauptabteilung für nukleare Sicherheit und Sicherung der IAEA dient als Organisationszentrale für diese Arbeitssäule der IAEA.

FÖRDERUNG VON WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Die IAEA fördert die friedliche Anwendung nuklearer Wissenschaft und Technik um kritische Bedürfnisse in Entwicklungsländern zu befriedigen.

Die IAEA ist die Weltzentrale für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit in nuklearen Bereichen. Die Tätigkeit trägt zur Bekämpfung von Armut, Krankheiten und Umweltverschmutzung und zu anderen globalen „Millenniums-Zielen“ für eine sicherere und bessere Zukunft bei.

Die wichtigsten Aufgabengebiete sind:

Technische Zusammenarbeit. Die IAEA unterstützt Projekte der Zusammenarbeit, die den Menschen in Entwicklungsländern konkreten sozialen und wirtschaftlichen Nutzen bringen. Eine Vielzahl von Programmen und Partnerschaften bieten Expertendienste, Spezialausrüstung, Ausbildung und andere Arten von Unterstützung an.

Forschung und Entwicklung. Zusammen mit Instituten and Laboren in aller Welt unterstützt die IAEA Forschung und Entwicklung für kritische Probleme in Entwicklungsländern. Die Arbeit konzentriert sich auf Bereiche wie Nahrung, Gesundheit, Wasser und Umwelt, in denen Kern- und Strahlungstechniken einen Unterschied ausmachen können.

Energie und Elektrizität. Die IAEA hilft Ländern, ihren Energiebedarf, einschließlich der Stromerzeugung in Kernkraftwerken, zu berechnen und zu planen. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf die Rolle „innovativer“ und fortschrittlicher Technik gelegt, die für die Deckung des steigenden Energiebedarfs der Welt entscheidend ist.

Dort, wo nukleare Wissenschaft und Technik einen Wettbewerbsvorteil haben, sind sie zur bevorzugten Lösung – und manchmal zur einzigen Lösung – für viele die Entwicklung in ärmeren Ländern behindernde Probleme geworden. Sie haben einen erheblichen Beitrag im Wert von mehr als US\$ 400 Millionen zu den globalen Hauptzielen für nachhaltige Entwicklung geleistet.



25 years [Vienna International Centre](#)



Vorbereitungskommission einer Organisation zum Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)

EINSTELLUNG VON KERNWAFFENVERSUCHEN ERFORDERT SORGFÄLTIGE KONTROLLE

Die Vorbereitende Kommission für die Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO Preparatory Commission) wurde als internationale Organisation im Vienna International Centre eingerichtet. Der CTBT (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty), der am 24. September 1996 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, verbietet Versuchsexplosionen von Kernwaffen sowie andere nukleare Explosionen an jedem Ort.

DAS MANDAT

Die Vorbereitende Kommission schafft die Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, sowie für die erste Tagung der Konferenz der Vertragsstaaten. Dabei konzentrieren sich die Aktivitäten der Kommission auf zwei Hauptgebiete: die Schaffung des im Vertrag vorgesehenen weltweiten Überprüfungssystems um die Einhaltung des umfassenden Verbotes für Nukleartestexplosionen zu überwachen und die Förderung des ehestmöglichen Inkrafttretens aufgrund Vertragsunterzeichnungen und Ratifizierungen. Der Vertrag tritt 180 Tage nach Unterzeichnung aller 44 Staaten in Kraft, die über nukleare Kapazität verfügen und im Annex 2 angeführt sind.

BEZUG ZU DEN VEREINTEN NATIONEN

Es besteht ein Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Vorbereitenden Kommission, welches den Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen bildet. Der CTBT wurde während des Millenniums-Gipfels unter den 25 multilateralen Kernverträgen aufgelistet, die die wichtigsten Ziele der Vereinten Nationen darstellen.

ZUSAMMENSETZUNG

Die Vorbereitende Kommission setzt sich aus all jenen Staaten zusammen, die den Vertrag unterschrieben haben. Ein Staat wird nach Unterzeichnung des Vertrages Mitglied der Vorbereitenden Kommission. Mitgliedstaaten nehmen am Entscheidungsprozess der Vorbereitenden Kommission teil und unterstützen durch Beitragszahlungen ihre Aktivitäten. Die Vorbereitende Kommission hat zwei Organe: ein Plenarorgan, das sich aus allen Unterzeichnerstaaten zusammensetzt, und das Provisorische Technische Sekretariat.

DAS PROVISORISCHE TECHNISCHE SEKRETARIAT

Das Provisorische Technische Sekretariat (PTS) unterstützt die Kommission und führt jene Funktionen, die die Kommission bestimmt, durch, einschließlich der Verifizierungsaktivitäten, die im Vertrag aufgeführt sind. Das Sekretariat nahm am 17. März 1997 seine Arbeit auf. Die Mitarbeiter werden durch die Mitgliedstaaten rekrutiert, um eine möglichst weit geografische Verteilung zu gewährleisten.

Das Sekretariat ist für die Leitung und Koordination des provisorischen Betriebes des Internationalen Überwachungssystems (IMS) und des Internationalen Datenzentrums (IDC) verantwortlich. Es empfängt, analysiert und berichtet über IMS-Daten. Das Sekretariat ist unter anderem auch für die Erstellung von Handbüchern für die Leitung verschiedener Komponenten des Überwachungssystems sowie für verwaltungstechnische Angelegenheiten (z.B. Haushalts- und Arbeitsplanung) verantwortlich.

DAS GLOBALE VERIFIKATIONSREGIME

Gemäß Artikel IV des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen muss das globale Verifikationsregime zum Zeitpunkt des Inkrafttretens voll einsatzfähig sein, um die Einhaltung des Vertrages zu gewährleisten. Das System muss in der Lage sein, nukleare Testexplosionen an jedem Ort, sei es unterirdisch, im Wasser oder in der Atmosphäre, aufzuspüren. Das Verifikationsregime besteht aus dem Internationalen Überwachungssystem, unterstützt vom Internationalen Datenzentrum, einem Beratungs- und Abklärungsprozess, Inspektionen vor Ort, sowie vertrauensbildenden Maßnahmen.

DAS INTERNATIONALE ÜBERWACHUNGSSYSTEM

Das Internationale Überwachungssystem ist ein globales Netzwerk von 321 Überwachungsstationen und 16 Radionuklidlabors für die Überwachung von nuklearen Testexplosionen auf der Erde. Die Positionierung der Überwachungsanlagen sind im Annex 1 zum Protokoll des Vertrages festgelegt. Das Internationale Überwachungssystem verwendet vier ergänzende Technologien, um Hinweise auf nukleare Testexplosionen zu sammeln. Dabei werden seismische, hydroakustische und Infraschalltechnologien verwendet, um die freiwerdenden Energien aufzuspüren, die bei einer nuklearen Testexplosion entstehen. Diese Wellenformtechnologien können durch die Identifizierung von Schockwellenenergie seismische Ereignisse aufspüren, die im Wasser, unterirdisch oder in der Atmosphäre vorgehen.

Die Wellenformtechnologien bestätigen Zeit und Ort eines Ereignisses. Die radionuklide Überwachungstechnologie, die die relative Menge von verschiedenen Radionukliden in Luftproben misst, wird verwendet, um eindeutige Beweise für eine nukleare Testexplosion zu liefern.

Bis zum 31. Dezember 2003 wurden 88 primäre seismische, hydroakustische, Infraschall- und Radionuklid-Stationen fertig gestellt, von denen 68 als voll funktionstüchtig zertifiziert wurden. 66 weitere sind in Bau oder stehen in Verhandlung. Von den seismischen Hilfsstationen wurden 87 fertiggestellt oder erfüllen im wesentlichen die Anforderungen, 11 davon wurden zertifiziert.

DAS INTERNATIONALE DATENZENTRUM

Das Internationale Datenzentrum (IDC) ist im Hauptsitz der Vorbereitenden Kommission der CTBTO angesiedelt. Es unterstützt die Verifikations-Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten durch Zurverfügungstellung von objektiven Produkten und Serviceleistungen, die für eine effiziente globale Überwachung notwendig sind. Diese Produkte werden aus den Daten entwickelt, die das Internationale Überwachungssystem gesammelt hat. Das Überwachungssystem wird vom IDC für die Aufspürung, Lokalisierung und Analyse von Ereignissen genützt. Die Daten und Produkte werden dann an die Unterzeichnerstaaten weitergeleitet. Daten werden über die globale Kommunikationsinfrastruktur erhalten und verteilt.

VOR-ORT-INSPEKTIONEN

Nach Inkrafttreten des Vertrages kann jeder Mitgliedstaat eine Vor-Ort-Inspektion beantragen, sofern eine vermutete nukleare Testexplosion entweder von den Stationen des Internationalen Überwachungssystems oder durch nationale technische Mittel entdeckt wurde. Der Zweck einer Vor-Ort-Inspektion dient der Klarstellung, ob eine nukleare Testexplosion stattgefunden hat und somit ein Vertragsverstoß vorliegt, und um Information für die Identifizierung des potentiellen Übertreters zu sammeln. Vor-Ort-Inspektionen werden als endgültige Verifikationsmaßnahme angesehen.

VERTRAGSUNTERZEICHNUNGEN UND RATIFIZIERUNGEN (DERZEITIGER STAND)

Mit März 2004 lag die Zahl der Vertragsunterzeichnungen bei 171, die Zahl der Ratifizierungen bei 109. Für das Inkrafttreten muss der Vertrag von all jenen 44 Staaten, die im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenzen im Jahre 1996 formell an der Ausarbeitung des Vertrages mitgewirkt haben und zu diesem Zeitpunkt über nukleare Kapazität verfügt haben, unterzeichnet und ratifiziert werden. Diese Staaten sind im Annex 2 des Vertrages festgelegt. Von diesen 44 Staaten haben 41 den Vertrag unterzeichnet und 32 haben ihn bisher ratifiziert.

CTBTO Preparatory Commission

Vienna International Centre

Postfach 1200, A 1400 Wien

Tel: +(43) (1) 26030-6200, Fax: +(43) (1) 26030-5823

E-mail: info@ctbto.org, <http://www.ctbto.org>



25 years Vienna International Centre



Internationale Kommission zum Schutz der Donau (IKSD)

SAUBERE DONAU FÜR NACHHALTIGE NUTZUNG

DAS INTERNATIONALSTE FLUSSEINZUGSGEBIET DER WELT

Das Einzugsgebiet der Donau ist das Einzugsgebiet des zweitlängsten Flusses Europas. Es erstreckt sich über 817.000 km² in 18 verschiedenen Ländern und stellt somit das internationalste Flusseinzugsgebiet der Welt dar. Das Einzugsgebiet der Donau verläuft vom Schwarzwald in Deutschland bis zum Schwarzen Meer und bildet die Heimat von über 80 Millionen Menschen unterschiedlicher Kultur, Sprache und Geschichte.

Flüsse kennen keine politischen Grenzen, ihre Probleme – wie zum Beispiel die Verschmutzung oder der Verlust von Dynamik – sind nur durch eine gemeinsame grenzüberschreitende Zusammenarbeit aller beteiligten Staaten zu lösen.

Das Donauschutzübereinkommen, welches 1998 in Kraft trat, bildet die gesetzliche Basis für die gemeinsame Anstrengung zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Oberflächengewässer und deren ökologischer Ressourcen. Zu den Vertragsstaaten des Donauschutzübereinkommens zählen neben der Europäischen Union Deutschland, Österreich, die Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina*, Serbien-Montenegro, Bulgarien, Rumänien, Moldau und die Ukraine.

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT – EIN ZUKUNFTSWEISENDER ANSATZ

Zur Umsetzung des Donauschutzübereinkommens wurde die Internationale Kommission zum Schutz der Donau (IKSD) gegründet. Die IKSD hat sich mittlerweile zu einem der größten und aktivsten Netzwerke von Wasserexpertinnen und Wasserexperten Europas entwickelt. Das gemeinsame Ziel besteht in der Förderung eines nachhaltigen Managements der Ressource Wasser und der Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dies umfasst sowohl den Schutz als auch die nachhaltige Nutzung von Gewässern und der dazugehörigen Lebensräume.

Die IKSD erarbeitet Vorschläge zur Verbesserung der Wasserqualität, entwickelt Strategien zur Hochwasservorsorge und zur Kontrolle von Verunreinigungen, setzt Normen für Emissionswerte fest und sichert deren Einhaltung durch die Vertragsstaaten.

* Ratifizierungsprozess im Gang

Zusammengesetzt wird die IKSD aus den nationalen Delegationen der Vertragsstaaten. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, arbeitet die IKSD eng mit anderen regionalen und internationalen Organisationen, nichtstaatlichen Organisationen, der Wissenschaft sowie Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen.

HERAUSFORDERUNGEN VON MORGEN

Die Aufgaben der IKSD werden auch morgen nicht kleiner werden, vielmehr werden sie im Zuge der Ausweitung und Festigung der Europäischen Union wachsen. Es sollte allerdings möglich sein, die sozioökonomische Entwicklung der Donau-Länder sicher zustellen, ohne die wichtige Ressource Wasser zu gefährden. Dafür setzen sich die Expertinnen und Experten der IKSD ein.

Die IKSD wird weiterhin daran arbeiten, die Verschmutzung des Donaueinzugsgebiet zu reduzieren und eine nachhaltige Wasserwirtschaft zu fördern, um das Flusseinzugsgebiet der Donau somit zu einer Modelregion werden zu lassen.

Sekretariat der IKSD

Vienna International Centre
Postfach 500, A 1400 Wien

Tel: +(43) (1) 26060-5738, Fax: +(43) (1) 26060-5895

E-mail: icpdr@unvienna.org, <http://www.icpdr.org>



25 years Vienna International Centre



Events – Besuche – Konferenzen im VIC

HÖHEPUNKTE AUS DEN VERGANGENEN 25 JAHREN

Seit seiner Eröffnung 1979 haben im Vienna International Centre (VIC), im Kongresszentrum der Hofburg und im Austria Center viele internationale Veranstaltungen und Besuche stattgefunden. Ebenfalls seit 1979 haben Tage der offenen Tür der Öffentlichkeit ermöglicht, das Gebäude zu besichtigen und einiges über die Arbeit der in Wien ansässigen Organisationen zu erfahren.

EVENTS

Bei einer der zahlreichen Veranstaltungen im VIC wurde dem früheren österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky am 7. Dezember 1989 in Anerkennung seines Beitrages zum Nahost-Friedensprozess und der Annäherung von Ost und West der Martin Luther King-Friedenspreis verliehen. Am 18. Dezember 1989 bekamen fünfzig Soldaten und Offiziere des Bundesheeres als Repräsentanten Österreichs bei den Friedensmissionen der Vereinten Nationen Gedenkmedaillen überreicht. Die Preise, die von der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen gestiftet wurden, wurden vom damaligen Aussenminister Alois Mock, Verteidigungsminister Robert Lichal und dem Liga-Präsidenten Lujo Toncic-Sorini übergeben. Die Medaillen wurden anlässlich des Friedensnobelpreises 1988 für die Friedenstruppen der Vereinten Nationen übergeben – in Anerkennung für den österreichischen Beitrag.

BESUCHE

Während der vergangenen 25 Jahre besuchten bedeutende Persönlichkeiten und Würdenträger das VIC. Darunter

- Vier Generalsekretäre der Vereinten Nationen (Kurt Waldheim, Javier Perez de Cuellar, Boutros Boutros-Ghali und Kofi Annan)
- Prinz Talal von Saudi-Arabien (*Juli 1982*)
- Seine Heiligkeit Papst Johannes Paul II (*September 1983*)
- Mutter Theresa (*März 1987*)
- Königin Fabiola von Belgien (*Oktober 1994*)
- Kronprinz Hassan von Jordanien (*Juni 1998*)
- Bischof Desmond Tutu sprach vor der Wiener Versammlung zur Menschenrechtskonferenz (Juni 1998) anlässlich des 50. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Andere hochrangige Teilnehmer an der Versammlung waren der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Mary Robinson, der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, Generalsekretär Kofi Annan, der österreichische Aussenminister Wolfgang Schüssel, Jelena Bonner und Schauspieler Michael Douglas.

KONFERENZEN

Unter den vielen Konferenzen und Tagungen, die während der letzten 25 Jahre stattfanden, waren die folgenden von besonderer Bedeutung:

Die erste große Konferenz, die stattfand, war die [Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung](#) (UNCSTD, 20. - 31. August 1979). Das zentrale Thema der Konferenz war die Verringerung der Technologiekluft zwischen entwickelten und Entwicklungsländern.

Die [Weltversammlung über Behinderte](#) (12. - 23. Oktober 1981) wies darauf hin, dass Behindertenprobleme in Entwicklungsländern noch größer sind.

Die [Weltversammlung über das Altern](#) (26. Juli - 6. August 1982) erörterte die massiven Probleme, die auf die alternde Bevölkerung in vielen Teilen der Welt zukommen werden und die Rechte auf ein unabhängiges und produktives Leben.

Die [Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums](#) (UNISPACE-82, 9. - 21. August 1982) empfahl die Ausweitung des Programms der Vereinten Nationen für Raumfahrtanwendungen und eine Erweiterung seines Mandates.

Die [Konferenz der Vereinten Nationen über die Staatennachfolge in Vermögen, Archive und Schulden von Staaten](#) (1. März - 8. April 1983) nahm eine Resolution über das Recht der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von Staaten an, die sich gegen Kolonialismus, Fremdherrschaft und Besetzung, rassistischer Diskriminierung und Apartheid richtet.

Die [Bevollmächtigtenkonferenz zum Schutz der Ozonschicht](#) (18. - 22. März 1985) – Die Wiener Konvention zum Schutz der Ozonschicht war das Ergebnis von fast achtjährigen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, eine Verpflichtung für die Maßnahmen zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt gegen die Auswirkungen der Veränderungen der Ozonschicht zu schaffen.

Die [Internationale Konferenz für die sofortige Unabhängigkeit Namibias](#) (7. - 11. Juli 1986) formulierte ein internationales Aktionsprogramm für die frühestmögliche Umsetzung des UNO-Planes für Namibia.

Die [Internationale Konferenz über Drogenmissbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr](#) (ICDAIT) (17. - 26. Juni 1987) hatte zum Ziel, das internationale Bewusstsein für die Gefahren von Drogenmissbrauch zu steigern und zum universellen Handeln für die Bekämpfung des Problems aufzurufen. Die Konferenz nahm auch eine Erklärung an, die Länder verpflichtet, gegen Drogenmissbrauch und illegalen Handel vorzugehen und sofortige Maßnahmen für eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zu setzen.

Einer der Höhepunkte der Wiener UNO-Konferenzen war die [Weltkonferenz über Menschenrechte](#) (14. - 25. Juni 1993), die mehr als 5.000 Teilnehmer versammelte. Die in Wien angenommene Deklaration rief zur Schaffung eines Hochkommissars für Menschenrechte durch die UNO-Generalversammlung auf. Die Konferenz untersuchte auch Möglichkeiten für die Verbesserung der Menschenrechtsmechanismen und die Implementierung der bestehenden Menschenrechtsinstrumente.

Die [Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens von bestimmten konventionellen Waffen](#) (25. September - 13. Oktober 1995) scheiterte an der Übereinstimmung für ein überarbeitetes Protokoll über Anti-Personen-Minen. Vertragsstaaten des Übereinkommens von 1980 über bestimmte konventionelle Waffen genehmigten ein neues Protokoll, das die Verwendung oder den Transfer von blendenden Laserwaffen verbietet und beschlossen, die Landminen-Fragen bei zwei weiteren Tagungen im darauffolgenden Jahr in Genf zu diskutieren.

Die Wiener Erklärung über den Weltraum und die menschliche Entwicklung, die bei der [Dritten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums](#) (UNISPACE III) (19. - 30. Juli 1999) angenommen wurde, behandelte ein weltweites Programm zum Schutz der Erde und ihrer Ressourcen, und um den Weltraum für die menschliche Sicherheit zu nützen und zu schützen.



25 years Vienna International Centre



Gastgeber Österreich

DIE PRÄSENZ INTERNATIONALER ORGANISATIONEN IN WIEN BRINGT WIRTSCHAFTLICHE VORTEILE

Derzeit haben ca. 30 internationale Organisationen ihren Amtssitz in Österreich. Neben der IAEO und UNIDO erhielten auch weitere Sekretariatseinheiten der Vereinten Nationen, die aus New York und Genf verlegt wurden, ihren Sitz im VIC. Im Lauf der Jahre schlugen auch andere internationale Organisationen, die nicht zu den Vereinten Nationen gehören, wie OPEC, OSZE oder IIASA ihren Sitz in oder bei Wien auf.

Die in Österreich getätigten Ausgaben dieser Organisationen beliefen sich im Jahr 2002 auf rund € 480 Millionen. 2002 zählten die internationalen Organisationen insgesamt rund 4.800 Beschäftigte, ein Viertel davon waren Österreicher.

Aufgrund ihrer Qualifikation und der erforderlichen Mobilität beziehen die internationalen Beamten ein vergleichsweise hohes Einkommen. 27 % der verfügbaren Haushaltseinkommen der ausländischen internationalen Beamten bei den internationalen Organisationen in Höhe von insgesamt € 180 Millionen werden gespart. Vom verbleibenden Einkommen in Höhe von € 132 Millionen fließen etwa € 126 Millionen in den Inlandskonsum. Das Einkommen der österreichischen Beamten bei den internationalen Organisationen beläuft sich auf etwa € 45 Millionen, das ebenfalls zum größten Teil in den Inlandskonsum fließt.

Die Präsenz zahlreicher UN-Organisationen in Wien erfordert, dass auch viele Mitgliedstaaten neben ihren bilateralen Botschaften in Wien eigene multilaterale Vertretungen bei den internationalen Organisationen unterhalten. Auch die diplomatischen Mitarbeiter dieser Ständigen Vertretungen beziehen ein hohes Einkommen. Von den durchschnittlich € 70.900, die den Diplomaten einer multilateralen Botschaft pro Haushalt zur Verfügung stehen, werden etwa ein Drittel gespart, der Rest in Höhe von € 47.251 fließt in den Konsum.

Neben den persönlichen Ausgaben der internationalen Beamten und der Diplomaten in den Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten gaben die internationalen Organisationen selbst für ihren Verwaltungsaufwand sowie den Ankauf von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2002 insgesamt € 739 Millionen aus. In Österreich führten diese Ausgaben zu einer direkten und indirekten Wertschöpfung von € 412 Millionen. Davon entfielen:

- Ca. 23% auf den Einzel- und Großhandel (inkl. Lebensmittelindustrie);
- Ca. 18% auf das Bau- und Wohnungswesen;
- Ca. 13% auf unternehmensbezogene Dienstleistungen (beispielsweise Rechts- und Beratungsleistungen, Leistungen von Wirtschaftsdiensten sowie Dolmetschleistungen, etc.);

- Ca. 9% auf das Hotel- und Gastgewerbe;
- Ca. 6% auf den Personen- und Güterverkehr;
- Ca. 5% auf die Energieversorgung; und
- Ca. 4% auf sonstige Dienstleistungen (z.B. Kultur-, Sport- und Unterhaltungsdienstleistungen sowie Dienstleistungen aus dem Gesundheitswesen).

Ein großer Teil der durch die Präsenz der internationalen Organisationen in der österreichischen Wirtschaft lukrierten Wertschöpfung, nämlich über € 146 Millionen, entfällt auf den Konferenztourismus. Für Konferenzen, Tagungen und Ausbildungsprogramme wurden im Jahr 2002 Dienstleistungen im Gesamtausmaß von 370.000 Arbeitstagen in Anspruch genommen. Da die Teilnehmer an solchen Veranstaltungen zumeist noch weitere Tage und Nächte am Tagungsort verbringen, entsteht eine weitere Wertschöpfung für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft.

Obwohl die internationalen Organisationen, die Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten und ein Teil der dort beschäftigten Personen im Diplomatenrang von der Lohnsteuer und bis zu einer bestimmten Höhe auch von der Mehrwertsteuer und anderen Verbrauchssteuern befreit sind, tragen sie doch mit rund € 45,5 Millionen jährlich zum Aufkommen der indirekten Steuern in Österreich bei.

Nicht unwichtig sind die internationalen Organisationen auch als Arbeitgeber: Rund 8.500 Arbeitsplätze (das sind fast 0,3 Prozent der gesamtösterreichischen Erwerbstätigen) werden direkt oder indirekt durch diese Organisationen geschaffen.

Neben den materiellen Vorteilen bringt die Präsenz der internationalen Organisationen in Wien auch viele immaterielle Vorteile und Chancen für Österreich. Es besteht ein unbestrittener positiver Zusammenhang zwischen der Bekanntheit und Reputation des Standortes Österreich und dem Sitz der internationalen Organisationen in Wien.

So besitzt Österreich als Sitzstaat ein größeres diplomatisches Potential als andere „Nicht-Sitzstaaten“, da die Anwesenheit der internationalen Organisationen vielfach Anknüpfungspunkte für eine aktive außenpolitische Rolle Österreichs liefert.

Der internationale Amtssitz Wien trägt auch dazu bei, den Standort Österreich in Europa mit kulturellen Mitteln verständlich und wahrnehmbar zu machen und die Verbindung seiner Nachbarstaaten zu einem gemeinsamen Kulturraum Mitteleuropa zu stärken. Die Internationalität stellt eine sowohl gesellschaftliche als auch kulturelle Bereicherung dar, die eine verstärkte Sichtbarkeit und Attraktivität des Standortes auch im europäisch-regionalen Kontext unterstreicht. Die zunehmende Rolle internationaler Schulen, sowie fremdsprachiger Theater- und Filmangebote sind ebenfalls wichtige Elemente dieser Entwicklung.



25 years Vienna International Centre



Visitors Service / Besucherdienst

DAS VIC – FÜR ALLE ZUGÄNLICH

Jeder, der sich für die Arbeit der Vereinten Nationen interessiert, kann das Vienna International Centre besuchen. Ein Besucherzentrum, welches sich am Haupteingang des Gebäudes befindet, ist von Montag bis Freitag von 08.00 bis 18.00 öffentlich zugänglich. Um sich über die Vereinten Nationen und die Arbeit der in Wien ansässigen UN-Büros zu informieren, können Besucher an einer Führung durch das Vienna International Centre teilnehmen.

FÜHRUNGEN

Ausgangspunkt der Führungen ist das Besucherzentrum. Während der Führung haben Besucher die Gelegenheit, in die faszinierende Welt der Vereinten Nationen einzutauchen, und die Arbeit der in Wien ansässigen UN-Organisationen und Programme kennenzulernen: Diese beschäftigen sich mit Bereichen wie Drogenkontrolle, Verbrechensverhütung, der friedlichen Nutzung des Weltraums, der friedlichen Nutzung der Kernenergie, industrieller Entwicklung, internationalem Handelsrecht, und dem Verbot von Nuklearversuchen. Besucher sehen einen Konferenzsaal, einen Film und Ausstellungen. Ein Teil der Kunstsammlung wird auch während der Führung besichtigt. Diese beinhaltet Bilder, Wandteppiche, Skulpturen und einen Trinkbrunnen, welche der UNO von österreichischen Künstlern und verschiedenen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wurden.

Die Besucher werden von einem freundlichen, engagierten Team von Führerinnen und Führern aus verschiedenen Ländern empfangen. Alle Mitglieder des Besucherdienst-Teams sprechen mehrere Sprachen fließend und haben eine Leidenschaft für die Ziele und die Arbeit der Vereinten Nationen gemeinsam.

WIE MAN AN EINER FÜHRUNG TEILNEHMEN KANN

Führungen werden zu folgenden Zeiten angeboten:

Für Einzelpersonen und Kleingruppen (bis zu 10 Personen):

Montag - Freitag, um 11.00 und um 14.00 Uhr
(keine Voranmeldung erforderlich)

Für Gruppen:

Nach Voranmeldung
(zu jeder Zeit, auch an Wochenenden und Feiertagen)

Der Besucherdienst bietet Führungen für Gruppen für Gruppen aus allen Bereichen und allen Altersstufen an; z.B. Volksschulen, mittleren und höheren Schulen, Universitäten, Berufsverbänden, und der breiten Öffentlichkeit.

Führungen dauern ca. eine Stunde.

VORANMELDUNG UND INFORMATION

Vienna International Centre
Besucherdienst
Postfach 500, A 1400 Wien
Tel.: +(43) (1) 260 60-3328
Fax: +(43) (1) 260 60-5991
E-mail: tours@unvienna.org
Website: <http://www.unis.unvienna.org>

ANFAHRT

Treffpunkt für die Führungen ist das Besucherzentrum am Eingang 1 des Vienna International Centre. Dies ist mit der U-Bahn Linie U1 erreichbar (Station Kaisermühlen – VIC)

DAS BESUCHERZENTRUM

Das Besucherzentrum ist das freundliche Tor zu den Vereinten Nationen in Wien. Es ist montags bis freitags von 08.00 bis 18.00 geöffnet und befindet sich gleich neben der U-Bahnstation Kaisermühlen – VIC. Im Besucherzentrum befindet sich ein Informationsschalter. Hier können Führungen gebucht werden, es liegen Informationen über die Vereinten Nationen und die in Wien ansässigen Organisationen auf, und MitarbeiterInnen des Informationsdienstes stehen Besuchern für Anfragen zur Verfügung. Im Besucherzentrum befinden sich ausserdem ein Shop mit UNO-Souvenirs und ein Schalter der UNPA, an welchem UNO-Briefmarken verkauft werden. Weiters gibt es UNICEF-Grußkarten, internationale Souvenirs der United Nations Women's Guild, ein UNO-Café, einen Friseur und ein Blumengeschäft.